

Miszellen.

Zur Orientirung in der amerikanischen Frage.

(Aus einem Newyorker Art. der Frkf. Postztg.)

Um die Größe der Krisis würdigen zu können, welche das amerikanische Volk jetzt zu bestehen hat, ist es notwendig, sich die wichtigsten Streitfragen seiner bisherigen politischen Entwicklung zu vergegenwärtigen. Man wird finden, daß alle bedeutenden Elemente der Zwietracht, die jemals in seinen politischen Kämpfen eine Rolle gespielt, augenblicklich in intensiver Weise zusammenwirken, um die ganze Nation in zwei schroffe Parteilager zu spalten. Bereits bei und unmittelbar nach der Annahme der Bundesverfassung, die ihrem Wesen nach nur eine diplomatische Ausgleichung zwischen den widersprechendsten Ansichten war, machten sich zwei Hauptklassen von Unzufriedenen geltend. Den Einen erschien die Centralregierung den verschiedenen Staaten gegenüber nicht selbständig genug und in ihren Befugnissen zu beschränkt, um eine kräftige nationale Einheit nach außen und innen erzwingen zu können; den Andern stößten die dem Bunde übertragenen Vollmachten Besorgnisse für die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten ein, in welcher nach ihrer Meinung die einzige sichere Schutzwehr gegen Anmaßungen und Uebergriffe der Bundesgewalt lag. Die Einen strebten nach größerer Concentration der politischen Gewalt, nach der Errichtung eines nivellirenden Gesamtstaats, in welchem die besondern Ansprüche und Interessen der Einzelstaaten möglichst aufgehen sollten; die Andern bestanden auf der ausgedehntesten Anerkennung der vorbestehenden Staatsrechte und betrachteten die Nationalregierung nur als einen gemeinsamen Agenten oder Geschäftsführer, den man nicht mißtraulich genug überwachen könne. Die erstere Klasse war die Seele der alten Föderalistenpartei, die nur scheinbar von der Bühne verschwand, um ihre Tendenzen innerhalb anderer Parteien desto wirksamer fortzupflanzen; die andere Anschauungsweise erreichte ihre Reife und extreme Ausbildung durch den südlichen Staatsmann Calhoun und führte bereits im Jahre 1812, unter der Präsidentschaft Jackson's, zu dem Versuche Südcarolina's, die Autorität der Bundesregierung durch Annullirung des Vereinigte-Staaten-Tarifs bei Seite zu setzen; ein Versuch, der damals theils durch Anwendung von Gewalt, theils durch Erlass eines andern Tarifs beschwichtigt wurde.

Mehr oder weniger im Zusammenhang, doch nicht immer identifiert mit jenen beiden entgegensehenden Richtungen, waren die Parteien, welche aus den verschiedenen Ansichten über das zu befolgende System der Steuererhebung entsprangen. Hohe Einfuhrzölle und eine künstliche Beförderung einzelner einheimischen Industriezweige wurden auf der einen Seite befürwortet, während die andere Seite die vollständige Unparteilichkeit gegen die verschiedenen producirenden Klassen des Landes verlangte und glaubte, daß dieselbe nur durch absolut freie Einfuhr ausländischer

Waaren erzielt werden könne; die Kosten der Regierung sollten durch direkte Besteuerung gedeckt werden. Lange nahm die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel als leitendes Princip anerkannt werden sollte, den entscheidenden Rang unter allen politischen Streitfragen ein und lag zu allen Zeiten mehr, als es auf der Oberfläche erschien, den Zwistigkeiten der Nation zu Grunde. In Wirklichkeit stellte der Vereinigte-Staaten-Tarif mit wenigen Ausnahmen ein Compromiß zwischen beiden Richtungen dar, das sich bedeutend auf die Seite freihändlerischer Tendenzen zu neigen pflegte.

Unter den Ursachen, die den jetzigen unvermeidlichen Conflict veranlaßt, hat sich die Agitation der Sklavereifrage in letzter Zeit am meisten in den Vordergrund gedrängt. Als der Bund gestiftet wurde, war die Meinung vorwaltend, daß das Institut der Negerdienbarkeit, welches den Colonien gegen ihren Willen vom Mutterlande aufgebracht war, in kurzem von selbst erlöschen werde. Man vermuthete nicht, daß die Worte der Unabhängigkeitserklärung, „daß alle Menschen frei und gleich geboren seyen,“ zu einer Quelle erbitternden Streites werden könnten. Sobald sich das „eigenthümliche Institut“ durch die ungemein schnelle Vermehrung der Sklavenbevölkerung und deren unerwartet vortheilbaste Verwendung für die Gewinnung gewisser unentbehrlicher Culturproducte befestigt hatte, begann es die Entwicklung des Staatskörpers zu beeinflussen. Indem es an Ausdehnung und national-ökonomischer Wichtigkeit gewann, wollte es nicht blos geduldet, sondern berücksichtigt und begünstigt seyn.

Mit jedem Jahrzehent wurde die Emancipationsfrage schwieriger und verwickelter. Die Befürworter der Emancipation und ihre Gegner, die anfangs durch alle Staaten und Sektionen vertheilt waren, sonderten sich mehr und mehr nach geographischen Linien ab. Im Norden entstand eine zuerst kleine, aber unermüdlich thätige Abolitionistenpartei, welche die Freiheit und bürgerliche Gleichberechtigung aller Menschen jeder Farbe und Race als Grundidee der amerikanischen Verfassung bezeichnete und auf unmittelbare Ausrottung der Sklaverei oder Trennung von den damit behafteten Staaten drang; im Süden steigerte sich die Empfindlichkeit gegen diese Agitation zur heftigsten Unbulsamkeit, und die Ansicht, daß die Vereinigte-Staaten-Regierung ausschließlich eine von Weißen — Euroväern und deren Nachkommen — für Weiße eingesetzte Regierung sey, wurde als politische Norm aufgestellt. Der Ausweg, der Sklaverei stillschweigend einen Platz unter den „nöthigen Uebeln“ anzuweisen, wurde in beiden Sektionen mehr und mehr verlassen, bis es so weit kam, daß die im Norden zur Herrschaft gelangende Partei sie offen für ein Unrecht und für einen Fluch erklärte, während die entsprechende Partei des Südens nicht genug ihre Vortheile und Segnungen zu preisen wußte.

Abgesehen von allen praktischen streitigen Punkten, ist es nicht zu verkennen, daß sich im Laufe der Zeit ein Antagonismus zwischen Norden und Süden herausgebildet hat, dessen Ursprung allein in dem verschiedenen Charakter der beiden Bevölkerungen zu suchen ist, wie er durch Verschiedenheit der Abstammung,

der klimatischen, industriellen und gesellschaftlichen Verhältnisse, der Lebensweise, Nahrung und Erziehung bedingt wird. Eine unbefristete Eifersucht und gelinde gegenseitige Berachtung bestand schon, ehe noch der Unabhängigkeitskrieg ausbrach, und trat wieder hervor, als sich der Enthusiasmus für die neue Unions-Republik abzukühlen begann. Hielt sich der Südländer für ritterlicher und befähigter zum Regieren und Selbstregieren, so that sich der „Yankee“ nicht weniger zu Gute auf seine bessere Moral und höhere Kultur und Gesittung. Bei weiterer Entwicklung traten die gegenseitigen Vorurtheile und die thatsächlichen eigenthümlichen Fehler und Vorzüge der beiden Theile immer schroffer hervor; es bildete sich ein specifisch südlicher und ein specifisch nördlicher Patriotismus. Der factische Unterschied zwischen dem Charakter des Nordländers und dem des Südländers ist bereits kaum geringer, als zwischen zwei beliebigen Nationen des civilisirten Europa; wären Engländer und Franzosen durch gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Regierung verbunden, so könnten ihre natürlichen Neigungen und Sympathien kaum mehr auseinanderlaufen, als es bei einem großen Theil der Bewohner der Vereinigten Staaten seit Jahren der Fall war.

Blicken wir nun auf den gegenwärtigen gefährlichen Zustand des amerikanischen Volks, so sehen wir, daß die vornehmsten Ursachen, durch welche die Bürger der Republik zu verschiedenen Zeiten in Parteien gesondert wurden, jetzt sämmtlich gleichzeitig im Spiele sind und sich vereinigen, um den furchtbarsten Conflikt hervorzurufen. Durch den Gang der Ereignisse ist Mason's und Dixon's Linie zur Scheidelinie der ganzen Reihe feindlicher Principien, Anschauungen, Interessen und Gefühle geworden, welche bisher vereinzelt um die Obermacht in der Politik des Landes gerungen. Alle früheren Parteikämpfe verschwinden vor der Größe dieser Combination. Der Norden und der Süden stehen gerüstet einander gegenüber, nicht um diese oder jene Differenz auszugleichen, sondern indem sie augenblicklich fast alle politischen Gegensätze repräsentiren, welche sich sonst innerhalb der verschiedenen Staaten geltend gemacht hatten. Alle alten Streitfragen harren scheinbar ihrer Entscheidung durch einen riesigen sektionellen Kampf; die Mannigfaltigkeit der sich kreuzenden Parteieinrichtungen ist auf zwei gewaltige Schlachtordnungen reducirt.

Im Süden haben die demokratischen Bestrebungen der Staatsrechtler ihre Consequenz und praktische Be-

thätigung in der Secessionstheorie gefunden. Das Recht jedes Staates, die der Bundesgewalt anvertrauten Vollmachten zurückzunehmen und sich für unabhängig zu erklären, sobald es das Interesse seiner Bürger zu erheischen scheint, ist dort zu einem Hauptartikel im politischen Katechismus erhoben worden. Mehr um dieses Recht zu vindiciren, als aus Befürchtung abolitionistischer Antriebe seitens der Centralregierung haben sich die meisten südlichen Grenzstaaten an die ursprünglichen sieben revolutionären Staaten angeschlossen und bieten nun mit den Waffen in der Hand der Autorität des Bundes Trotz. Im Norden ist umgekehrt die zur Herrschaft gelangte republikanische Partei, von welcher die anderen Parteien vorläufig so ziemlich absorbt sind, von Anbeginn zu Gunsten einer möglichst starken Centralgewalt und der unbedingten Unterordnung der staatlichen Souveränität unter die nationale Regierung gewesen. Die Ueberzeugung, daß die Verfassung den Congress und namentlich den Präsidenten kaum mit genügenden Befugnissen ausgerüstet habe, um in schwierigen Fällen die Integrität des Bundesbestandes zu wahren, scheint augenblicklich im Norden vorwaltend, und es erhebt sich deshalb wenig oder gar keine Opposition gegen die militärischen Maßregeln der Administration, welche genau genommen, nicht in strenger Uebereinstimmung mit den ihr von der Verfassung gezogenen Grenzen stehen. Das Recht der Bundesregierung, einen secedirten Staat, ohne viele Umschweife zurückzuerobern, mag es nun in dem Buchstaben des Gesetzes enthalten seyn oder nicht, wird jetzt von den meisten politischen Führern des Nordens für dieselbe in Anspruch genommen.

Die Sklavereifrage, welche schon so lange eine unauslöschliche Linie durch das Land gezogen und schließlich die nächste und unmittelbare Veranlassung zu dem jetzigen Bruche gab, hat jetzt ganz und gar eine sektionelle Bedeutung gewonnen. Wie immer in Zeiten revolutionärer Aufregung, drängt sich der Strom der öffentlichen Meinung den entschiedensten Ansichten zu.

So stehen sich jetzt diese beiden „Nationen“ innerhalb der amerikanischen Nation gegenüber. Welches ein Resultat dieser großartige Conflikt haben wird, ist nicht abzusehen. Ob die Union erhalten werden kann, hängt vielleicht weniger von dem Waffenglück der einen oder andern Seite ab, als davon, ob die Leiden, Prüfungen und Schrecken des Krieges und die nationalen Nachteile, welche nach außen hin daraus erwachsen, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorbringen und beide Theile nachgiebiger und versöhnlicher stimmen. Es gibt freilich Leute genug, welche glauben, daß der praktische und berechnende Sinn der Amerikaner es nicht zum Aeußersten kommen lassen, sondern nach einigen versuchweisen Kämpfen eine schnelle friedliche Entscheidung treffen wird.

Eilwagenfahrten zwischen Calw und Pforzheim.

(über Pirschau und Liebenzell).

Abgang aus Calw:

täglich um 7 Uhr Morgens nach Ankunft der Post von Wildberg, Nagold, Freudenstadt etc.

Ankunft in Pforzheim:

um 10 Uhr 5 Min. Vormittags zur Zufuhr auf den Eilwagen und Postomnibus nach Nürtingen, beziehungsweise die Bahnzüge nach Bruchsal, Frankfurt, Berlin, Basel, Straßburg, Paris, Heilbronn, Stuttgart und Esslingen.

Abgang aus Pforzheim:
wie bisher um 5 Uhr 45 Minuten Abends.

Eilwagenfahrten zwischen Freudenstadt und Wildbad über Besenfeld und Baiersbrunn.

(3mal wöchentlich).

Abgang aus Freudenstadt:

am Sonntag, Mittwoch und Freitag um 8 Uhr Morgens nach Ankunft des Eilwagens von Nagold, Stuttgart etc.

Ankunft in Wildbad:

an denselben Tagen um 1½ Uhr Nachmittags.

Abgang aus Wildbad:

am Dienstag, Donnerstag und Samstag um 12 Uhr 15 Min. Nachmittags.

Ankunft in Freudenstadt:

an denselben Tagen um 5 Uhr 45 Min. Abends zum Anschluß an den Nachtteilwagen nach Nagold und Stuttgart.